

Die in Ostasien ungemein bedeutsame außergerichtliche gütliche Beilegung von Rechtsstreitigkeiten behandelt Jerome Alan Cohen für einen örtlich und zeitlich begrenzten Raum („Chinese Mediation on the Eve of Modernization“). Damit liefert er einen Stein für das Wissensgebäude, das für das Verständnis der heute von Mao Tse-tung geforderten und in seinem Reich in enormem Umfang praktizierten Beilegung errichtet werden muß.

Den starken Rückgang des Einflusses der Großfamilien beschreibt Gallin in der Studie „Mediation in Changing Chinese Society in Rural Taiwan“. Die traditionellen Beziehungen in der ländlich-lokalen Gesellschaft, die durch die Gesetze der Verwandtschaft oder der zwischenmenschlichen Empfindungen einst fest gefügt waren, sind in Auflösung begriffen. Die soziale Hierarchie ist durch die Landreform 1949—1953 ihrer Hauptstütze beraubt worden, und damit entfällt die auf der streitschlichtenden Funktion beruhende Macht der früheren Großgrundbesitzer. Der Drang nach Gleichheit aller, der wachsende Individualismus, der stärkere Kontakt mit den Märkten und die steigenden Möglichkeiten für eine Landflucht haben die Bindung des einzelnen an die dörfliche Gemeinschaft gelockert und damit die Bereitschaft zur Fügsamkeit gegenüber den traditionellen nicht-staatlichen Autoritäten gemindert. Die Behörden haben sich aber dem Zug der neuen Zeit noch nicht angeschlossen; statt sich die Tendenz der ländlichen Bevölkerung, Streitfragen an die Polizei und die Gerichte heranzutragen, für die Stärkung des Regierungseinflusses in den kleinen Gemeinden zu nutzen zu machen, verweisen sie die Rechtsuchenden auf den oft nicht mehr erfolgreichen Weg der Schlichtung innerhalb des Dorfes.

Die Rechtsprechung der indischen Gerichte zur Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Kaste, einem Volksstamm oder einem religiösen Bekenntnis untersucht Galanter unter dem Titel „Group Membership and Group Preferences in India“. Zu Streitigkeiten

hierüber kommt es, weil nach der indischen Verfassung für bestimmte Gruppen des Volkes Abgeordnetensitze und Stellen im öffentlichen Dienst reserviert sind. Bei dem Versuch, verlässliche Leitsätze aus den Urteilen des Obersten Gerichts zu gewinnen, sieht der Betrachter sich angesichts unterschiedlicher Entscheidungen vor gewissen Schwierigkeiten. Mit vollem Recht betont Gallanter, daß die indische Rechtsprechung alten und neuen Staaten mit ähnlichen Problemen Hilfe und Anleitung geben könnte.

Über das philippinische Staatsangehörigkeitsgesetz schreibt Cornelius J. Peck. Wegen der für Ausländer geltenden Beschränkungen wirtschaftlicher Betätigung ist das Staatsangehörigkeitsrecht von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit dem erstarkten Nationalismus. Die Analyse der Entscheidungen des höchsten philippinischen Gerichts führt zu der Erkenntnis, daß die Justiz ihr Teil dazu beiträgt, nationalistische Tendenzen vornehmlich gegenüber eingewanderten Chinesen zu fördern.

Die Abhandlungen bieten — entsprechend dem Titel — Historisches und Modernes. Ein Leitthema hat der Zusammenstellung offenbar nicht zugrunde gelegen. Alle Aufsätze geben aber wesentliche Einblicke in fremde Rechtsinstitutionen, zu denen wir mit unseren gesellschaftlichen und juristischen Auffassungen keinen Zugang finden können. Der Leser, der weiß, daß sein heimatliches Recht keinen Qualitätsmesser für andere Rechte abgibt, wird bei der Lektüre des Buches außer seinem Wissen um asiatische und afrikanische juristische Phänomene auch seine Erkenntnis vertiefen, daß das Verstehen ein gründliches Eindringen in den fremden Kulturkreis voraussetzt.

Wilhelm Röhl

GEORGE O. TOTTEN

The Social Democratic Movement In Prewar Japan

Band I der Studies On Japan's Social Democratic Parties, Yale University Press, New Haven and London,

1966, 480 Seiten, U.S.-Dollar 12,50. Allan B. Cole, George O. Totten, Cecil H. Uyehara unter der Mitarbeit von Ronald P. Dore (mit einem Beitrag von 48 Seiten).

Socialist Parties In Postwar Japan, Band II der Studies On Japan's Social Democratic Parties, Yale University Press, New Haven and London, 1966, 507 Seiten, U.S.-Dollar 12,50.

Japanische Parteien sind wie Geister — sie haben einen Kopf aber keine Füße. Dieses Bonmot eines japanischen Vorkriegsministers hat auch noch heute in Japan Gültigkeit, jedenfalls für die Sozialisten. Und wie diese Führung aussieht, macht das folgende Zitat aus der Asahi Shimbun vom 16. 4. 1945 deutlich, das auch heute noch angemessen erscheint:

„Eine heterogene Allianz aller sozialistischen Gruppen . . . Es gibt die intellektuellen Utopisten und die religiösen Idealisten, die nüchternen Arbeiterführer, die durch die rauhe Schule der Gewerkschaftskämpfe gelaufen sind, — nebenbei noch geteilt in Links und Rechts, die Opportunisten, die während des Krieges vom Sozialismus abwichen, aber nun reumütig wie verlorene Söhne versuchen, in die Gemeinde zurückzukehren, und die kompromißlosen und unversöhnlichen orthodox-materialistischen Marxisten, die immer aufrichtig der ‚Sache‘ ergeben gewesen sind.“

Der von G. O. Totten allein verfaßte erste Teil des zweibändigen Werkes über die nichtkommunistischen sozialistischen Parteien Japans beantwortet die Frage, wie es zu dieser Uneinheitlichkeit kommen konnte. Bevor er aber die Geschichte der sozialdemokratischen Parteien und ihrer Vorläufer beschreibt, schildert er eingehend die für die Entwicklung von Gewerkschaften und Linksparteien „unfreundliche Umgebung“:

Vom Beginn der Meijizeit (1868) an, die die industrielle Revolution einleitete, bis nach dem ersten Weltkrieg gab es keine verfassungsmäßig geschützten Menschenrechte und ein Wahlrecht nur für eine kleine Schicht reicher männli-

cher Bürger. Es herrschte starke soziale Ungleichheit, aber ein Klassenbewußtsein bildet sich nur langsam, und Gewerkschaften entstanden nur zögernd und blieben ohne großen Einfluß. Die Gründe dafür waren:

1. Der Hauptteil der Arbeiterschaft bestand aus von ihren Vätern für zwei Jahre verdungenen Bauertöchtern und ihren Brüdern, die auf Grund des Erstgeburtsrechts den Hof verlassen und anderweitig Arbeit suchen mußten. Beide Gruppen blieben mit der „Scholle verwurzelt“ und konnten in Notzeiten auf ihre Höfe zurückkehren. Eine Entlassung bedeutete also keine Existenzbedrohung wie zu derselben Zeit in Westeuropa. Es bildete sich daher kein Proletariat im marxistischen Sinn.

2. Die Unternehmen waren sehr klein, wenn auch meist von übermächtigen Konzernen (zaibatsu) abhängig, und ihre Chefs konnten daher den Arbeitnehmern gegenüber im oyabun-kobun- (Vater-Kind-)Verhältnis eine Stellung einnehmen, deren Tragweite allenfalls mit der der römischen clientela vergleichbar ist. Sie arrangierten zum Beispiel die Ehen in Vertretung der abwesenden Väter.

3. Dennoch entstehende Gewerkschaften litten unter zu starker Aufspaltung auf unterster lokaler Ebene durch ein allgemein verbreitetes Schüler-Meister-Verhältnis zwischen den Führern und Anhängern.

4. Die durch die Meijireformen aus feudalistischen Bindungen befreiten Bauern gerieten durch unangemessene Besteuerung in Abhängigkeit von Geldverleihern und sanken zu Pächtern herab.

5. Es wurden restriktive Gesetze erlassen, wie z. B. das Ruhe- und Ordnungspolizeigesetz von 1900, das Streiks und andere gewerkschaftliche Betätigung verbot, und das Gesetz zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung von 1905, das alle Organisationen, die gegen Privateigentum oder die nationale Politik gerichtet waren, für verfassungswidrig erklärte.

Die ersten durch Preissteigerungen her-

Sie sank jedoch bald zu einer Art Debatteklub ohne politischen Einfluß herab, da die mitarbeitenden Gewerkschaften von der Polizei ausgeschaltet wurden. Es bildeten sich anarchistische, bolschewistische und sozialdemokratische Flügel. In den Unruhen und Wirren der Jahre nach dem ersten Weltkrieg entstanden neue Gewerkschaften, Bauernverbände und politische Gesellschaften. Sie bemühten sich gemeinsam, eine Partei zu gründen, die ihre Interessen nach der zu erwartenden Wahlrechtsreform vertreten sollten. Jedoch wurde der erste Versuch (Bauern- und Arbeiterpartei — Nōmin Rōdōtō) am 1. 12. 1925 sofort nach der Gründung verboten. In den folgenden Jahren entstanden neue Parteien — teils innerhalb, teils außerhalb der Legalität —, die sich in Richtungskämpfen zerstritten, spalteten, auflösten oder verboten wurden. Ihre Entwicklung ist vor allem wegen der Gleichartigkeit ihrer Namen so unübersichtlich, daß der Autor selbst sich des öfteren gezwungen sah, auf das Schaubild am Ende dieses Buches zu verweisen. Es kam unter anderem zu der merkwürdigen Erscheinung, daß eine ehemals äußerst linke Gruppe zu einer Art staats- bzw. nationalsozialistischen Partei wurde (unter Akamatsu 1931). Erst 1932 gelang die Einigung der linksgerichteten Gruppen zu einer Sozialistischen Massenpartei (Shakai Taishūtō). Ihre Basis bildete der Grundsatz der „Drei Antis“: Antikommunismus, Antifaschismus, Antikapitalismus. Das chauvinistische Klima der folgenden Jahre veranlaßte die Partei, die das Kaisersystem (tennōsei) anerkannte, zu einer Kundgebung der „nationalen Loyalität“ in „Zeiten der Not“, ähnlich wie im Falle der deutschen SPD zu Beginn des ersten Weltkrieges. „Um nationale Einheit und ein Ende der Klassenkonflikte, Parteienkämpfe und Mißverständnisse“ zu erreichen, waren die Sozialisten sogar bereit, unter Aufgabe ihrer selbst eine nationale Partei mitaufzubauen. vorgerufenen Bauernunruhen (1885) und Arbeiterstreiks (1897) konnten daher ebenso wie die ersten Versuche, Ge-

werkschaften zu gründen, innerhalb kurzer Zeit von der Polizei unterdrückt werden.

Um die gesetzlichen Beschränkungen mit politischen Methoden bekämpfen zu können, wurde 1901 von christlich-sozialistischen Intellektuellen und Gewerkschaften die Sozialdemokratische Partei (Shaikai Minshūtō) gegründet, die zum Vorläufer aller späteren Linksparteien werden sollte.

1940 löste sich die Sozialpolitische Massenpartei sogar freiwillig auf und machte damit ebenso wie die übrigen Parteien Platz für das noch relativ gemäßigte Kabinett Konoe. Die Hoffnung vieler Sozialisten, dieses Kabinett könne die aggressiv-imperialistischen Militärs kontrollieren, erwies sich als trügerisch. Prinz Konoe wurde von General Tōjō abgelöst, und die Katastrophe des pazifischen Krieges war nicht mehr aufzuhalten.

Band II beginnt mit dem Aufruf des Tennō an das Volk, die Waffen niederzulegen (August 1945). Sofort danach formierten sich die Sozialisten wieder — zur Japanischen Sozialistischen Partei (Nihon Shakaitō). Aus Furcht vor einem möglichen Verbot durch die amerikanische Besatzungsmacht wählten sie eine mit Absicht falsche englische Übersetzung dieses Namens: Sozialdemokratische Partei Japans und hefteten nur drei Parolen auf ihre Fahne: Demokratie, Sozialismus und ewiger Friede. Trotz ihrer starken moralischen Kraft, die sie nach dem Zusammenbruch der autoritären Militärregierung als geeignetste Partei erscheinen ließ, gelang es ihnen nicht, mehr als nur für kurze Zeit in einer Koalition mit den Bürgerlichen an die Regierung zu kommen. Es war vor allem ihr schon immer vorhandener Mangel an Fußvolk, der sie bisher an der „Barriere des einen Drittels“ scheitern ließ. So sahen sie sich lediglich in der Lage, als Sperrminorität Änderungen der „Friedensverfassung“, die die oft eher rückschrittlich-autoritäre als liberal-konservative Regierungspartei vornehmen wollte, weitgehend zu verhindern. Die Regierung erstrebte nicht

nur die Revision des berühmten Artikel 9, der die Wiederbewaffnung verbietet, sondern auch eine völlig neue Abstufung der Mächte im Staat in genauer Umkehrung der verfassungsmäßigen Verhältnisse, nämlich in der Rangreihenfolge:

1. Kaiser (nach Artikel I nur Symbol der Einheit des japanischen Volkes, auf dessen Willen seine Stellung beruht)
2. Kabinett (das nach Artikel 66 aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern besteht, der diese benennt und seinerseits gemäß Artikel 67 aus der Mitte der Parlamentsmitglieder vom Parlament benannt wird und gemäß Artikel 69 durch Mißtrauensvotum oder Ablehnung eines Vertrauensantrages gestürzt werden kann)
3. Parlament (gemäß Artikel 41 höchstes Organ der Staatsgewalt) und schließlich an letzter Stelle
4. Das Volk (bei dem gemäß Artikel 1 die oberste Gewalt ruht).

Die Japanischen Sozialisten können daher zu Recht als die Hüter und Erhalter der neuen freiheitlich-demokratischen Ordnung bezeichnet werden.

Genau wie Totten im ersten Band schildert das Autorenteam zunächst die Geschichte der nichtkommunistischen sozialistischen Parteien im Nachkriegs-Japan, analysiert ihre Theorien, Taktiken und politischen Anschauungen, beschreibt ihre Organisation, Gruppenbildungen und von einzelnen Führern mehr als von Ideologien geprägten Cliquen in jeweils gesonderten Kapiteln und läßt der Geschichtsbeschreibung und den umfassenden Analysen im letzten Drittel des Buches eine Untersuchung der Wählerschichten, die die sozialistischen Parteien unterstützen, folgen.

Beide Bücher sind so aufgeteilt, daß sie ebenfalls mit Gewinn gelesen werden, wenn man sich, nicht an einer umfassenden Analyse interessiert, lediglich der Parteigeschichte zuwendet. Vertiefung in Einzelheiten ist dann über den außergewöhnlich reichhaltigen Index jederzeit möglich. Umgekehrt kann sich der nur an Teilaspekten interessierte Leser in die wie Monographien angelegten folgenden Abschnitte vertiefen,

die den behandelten Zeitraum von über 90 Jahren Geschichte (1870—1945 / 1945—1961) ebenfalls chronologisch durchlaufen. Die Japanische Sozialistische Partei bietet in vieler Hinsicht interessante Vergleiche zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im 20. Jahrhundert. Auch hier gab und gibt es den nie endenden Streit über den Charakter und die Methoden der Partei:

Klassen- oder Massenpartei, Revolution oder Evolution, inner- oder außerparlamentarische Opposition und Kämpfe — der schließlich nach erster Spaltung und relativ kurzer Zeit der Wiedervereinigung zum endgültigen Bruch zwischen Rechts und Links führte. Im Gegensatz zur SPD gelang es den japanischen Sozialisten jedoch nicht, eine Mitgliederpartei aufzubauen: von knapp 100 000 Mitgliedern im Jahre 1947 fiel deren Zahl auf etwas über 53 000 im Jahre 1966.

Dagegen hat die politisch nahezu unbedeutende Kommunistische Partei Japans (JCP) über das Doppelte, die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) das Sechsfache an Mitgliedern. Die erst 1964 aus der religiösen Bewegung Sōka Gakkai entstandene Kōmeitō (Partei der sauberen Regierung) wuchs mit zirka einer Million geschätzter Anhänger inzwischen zur dritten Macht heran und setzte dem bisherigen ohnehin instabilen Zweiparteiensystem (oft wegen der Größenverhältnisse ironisch, aber zutreffender als Ein-einhalb-Parteiensystem bezeichnet) ein Ende.

Der Geschlossenheit der übrigen Parteien konnten und können die Sozialisten nichts Entsprechendes entgegenzusetzen. Auf fast allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik herrscht Uneinigkeit zwischen Links und Rechts, wobei die Trennungslinien oft zwischen dem rechten Flügel der Sozialisten einerseits und ihrem linken Flügel und den Kommunisten andererseits verlaufen. Einig ist man sich zwar darüber daß Japan zu stark in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht von den USA und dem von ihnen unterstützten „Monopolkapitalis-

mus“ abhängt und zu wenig mit den sozialistischen Ländern in der Nachbarschaft zusammenarbeitet, doch unterscheiden sich der Grad der Ablehnung bzw. der Sympathie und die sich daraus ergebende politische Marschroute erheblich. Der grundlegende Unterschied besteht darin, daß der stärkere linke Flügel den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus als den fundamentalen schlechthin betrachten, die Rechtssozialisten den zwischen Diktatur und Demokratie. Auf längere Sicht zeichnet sich keine Vereinbarkeit der sich daraus ergebenden widerstreitenden Anschauungen ab.

Eine ähnliche Spaltung verläuft, wie auch schon vor dem Kriege, durch die Gewerkschaften, die als die Hauptgeldgeber und das größte Mitgliederreservoir den meisten Einfluß auf die beiden sozialistischen Parteien ausüben. Die übrigen Anhänger und Wähler der Sozialisten rekrutieren sich außer aus der Arbeiterschaft vor allem aus den Bauernverbänden und den Intellektuellen. Dennoch haben die Sozialisten auch in diesen Wählerschichten einen im Vergleich zu westlichen Ländern geringen Erfolg. Ihre klassenbetonten und oft zu theoretischen Lehren haben den Mittelstand nicht erreicht und ihn den herrschenden Liberaldemokraten und in letzter Zeit in steigendem Maße der Kōmeitō zugeführt.

Im Vergleich zu den Sozialdemokraten Deutschlands fehlt es ihnen an Parteidisziplin, Volkstümlichkeit, Mitgliedern und ausreichend straffer und landesweiter Organisation. Bedingt dadurch sind sie in zu großer materieller und daher auch politischer Abhängigkeit von den Gewerkschaften.

Konsequenterweise empfehlen die Autoren den Sozialisten mehr Zusammenhalt, angemessenere Organisation, gesteigerte Mitgliederwerbung und Aufgabe überholter Doktrin. Sie sehen die japanische Wirklichkeit jedoch mit zu amerikanischen Augen, wenn sie ausführen:

„Man kann gefahrlos aus der Entwicklung der letzten 20 Jahre schließen, daß die japanischen Sozialisten

auch weiterhin ihre Kritik an Kapitalismus, feudalistischen Überbleibseln, konservativem Autoritarismus und Manifestationen nationaler Mystik betonen werden — in offensichtlicher Nichtbeachtung der abnehmenden Relevanz solcher Schlagwörter gegenüber der wirklichen Welt.“

Wenn auch die Unternehmer nicht mehr die Ehen für ihre Arbeiter schließen, so besteht doch noch das erwähnte traditionelle oyabun-kobun-Verhältnis. Es zieht eine shūshinkoyō (Beschäftigung auf Lebenszeit) nach sich, die durch ein System steigender Jahresprämien (nenkōsei) gefestigt und erhalten wird. In der Praxis sieht es so aus, daß ein fünfzigjähriger Arbeiter für dieselbe Arbeit wie ein zwanzigjähriger das Mehrfache an Lohn erhält, wechselt er aber die Firma, wieder an unterster Stelle der Lohnskala beginnen muß. Dies nur ein Beispiel statt vieler für eine Verbindung von Kapitalismus und feudalistischen Überbleibseln, an der eine Kritik sehr wohl als berechtigt erscheint.

Es bleibt jedoch nicht bei direkten Kommentaren dieser Art, auch indirekte Beeinflussung des Lesers schleicht sich ein: z. B. „der schlaue Russe (gemeint ist Chruschtschow) legte den Zeitpunkt seiner Antwort so, daß sie einen Monat vor den allgemeinen Wahlen eintraf . . . derartige Druckmittel . . . schlugen nicht nur fehl, sondern hatten einen Bumerangeffekt.“ Milder wird dagegen der Vertreter der US-Besatzungsmacht McArthur behandelt, der, obwohl es ihm ein leichtes gewesen wäre, 1947 nicht verhinderte, daß die herrschenden Konservativen durch Wahlbezirksveränderungen in letzter Minute vor den Wahlen einen klaren Sieg der Sozialisten unmöglich machten. Ihm wird keine Absicht, die Wahlen zu beeinflussen, unterstellt, noch erhält er ähnlich schmückendes Beiwort, es heißt von ihm nur: „he did not raise a finger.“

Eine Delegation japanischer Linkssozialisten konnte 1959 „chinesischen Verlockungen“ nicht widerstehen, als sie in Peking in einem gemeinsamen Kom-

munique die USA als den gemeinsamen Feind Japans und Chinas bezeichnete, obwohl sie der Regierung in Tōkyō hatte versprechen müssen, sich derartiger Äußerungen zu enthalten, da sie sonst keine Pässe erhalten hätte (!). Lob empfängt dagegen der Nishio-Flügel: „Er bringt weniger Verständnis für Schmeicheleien aus Peking auf.“

Abgesehen von solchen Verquickungen von Information und Meinung, die offensichtlich von den Autoren weder beabsichtigt noch bemerkt wurden und auch nur im zweiten Band auftreten, zeichnen sich die Bücher durch Anschaulichkeit, Klarheit und Genauigkeit aus. Bedauerlich ist nur das Fehlen einer Bibliographie, was überflüssige Blättern in den Fußnoten erforderlich macht. G. O. Totten meint dazu: „Das japanisch-sprachige bibliographische Material des Werkes ist schon von Cecil H. Uyehara publiziert worden: *Left-wing Social Movements in Japan: An Annotated Bibliography*, The Charles E. Tuttle Company, Tōkyō, Japan and Rutland, Vermont, 1959. Das hat es überflüssig gemacht, eine spezielle Bibliographie der vorliegenden Studie hinzuzufügen . . .“

Die Autoren führen jedoch den Leser sicher durch die oft unübersichtliche Materie und verwenden, statt mit dünnen Zeittafeln zu arbeiten, übersichtliche Karten, die das Hin und Her der Fraktionen besser zu zeigen imstande sind.

Es ist erfreulich, daß dieses umfassende zweibändige Werk über die Sozialisten erschienen ist, da über die japanischen Parteien von Scalapinos¹ Werk über die japanischen Kommunisten abgesehen, so gut wie nichts vorliegt. Es ist daher zu hoffen, daß bald auch Bücher über die Liberaldemokratische Partei und die Kōmeitō erscheinen, um diese Lücke füllen zu helfen.

Matthias Scheer

INDIRA ROTHERMUND

Die Spaltung der Kommunistischen Partei Indiens

Erschienen in der Schriftenreihe des Südasiens-Instituts der Universität Heidelberg, Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1969, 109 S.

In diesem Buch wird die Entwicklung der Kommunistischen Partei Indiens (KPI) seit ihrer Gründung in den zwanziger Jahren dargestellt. Dabei konzentriert sich die Autorin auf eine Analyse der Ursachen und Folgen der Spaltung der KPI im Jahre 1964. Ihre Kernhypothese ist, daß das Auseinanderbrechen der Partei in Indien nicht nur als unmittelbare Folge des sowjetisch-chinesischen Schismas zu sehen ist, sondern durch jahrelange innerparteiliche Spannungen vorgezeichnet war. Die parteiinternen Gegensätze waren bereits lange vor dem chinesischen Angriff auf Indiens Grenzen ausgeprägt und brauchten nur noch dieses externen Anstoßes, um zur Spaltung der Partei zu führen. Als Inderin erscheint Frau Dr. Rothermund geradezu berufen, um auf die Besonderheiten des indischen Kommunismus aufmerksam zu machen.

Damit tritt die Verfasserin den gelegentlich anzutreffenden pauschalen Urteilen über die Zwangsläufigkeit einer die Situation des Weltkommunismus reflektierenden nationalen kommunistischen Bewegung entgegen. Es wird gerne übersehen, daß Kommunismus und Sozialismus gerade in der Dritten Welt im Rahmen eines genuinen Datenkranzes determiniert sind, wenn auch ideologische Aspekte des Marxismus, Leninismus und Maoismus eine gewisse „Allgemeingültigkeit“ besitzen. Frau Rothermund gelingt es, durch eine in sich schlüssige Darstellung diese Vorstellungen zu korrigieren. Deshalb verdient die Studie größte Beachtung.

Ihre hypothetische Annahme verifiziert sie durch die Analyse von Wahlergebnissen, die Gegenüberstellung von

¹ Robert A. Scalapino, *The Japanese Communist Movement 1920—1966*, University of California Press, Berkeley and Los Angeles, 1967.